

# Internationale Freigeistige Rundschau 1/2021

## Europa

### *Europäische Union*

(5406) **Brüssel.** Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass EU-Staaten rituelles Schächten ohne Betäubung der Tiere verbieten dürfen. Jüdische und muslimische Verbände hatten gegen ein flämisches Dekret geklagt, das die rituelle Schlachtung von Tieren ohne vorherige Betäubung verbietet.

Strenggläubige Juden und Muslime sind der Auffassung, dass sie nur Fleisch von vollständig ausgebluteten Tieren essen dürfen, weil die religiösen Schriften des Judentums und des Islam dies so vorschreiben. Ein vollständiges Ausbluten des Tiers kann jedoch nur erreicht werden, wenn dem Tier ohne vorherige Betäubung und bei vollem Bewusstsein die Kehle mit den entsprechenden Blutgefäßen durchgeschnitten wird. Durch Schmerz und Angst schlägt das Herz des Tiers im Todeskampf schneller und befördert so mehr Blut aus dem Körper. Dieses "Schächten" ist seit Jahrzehnten umstritten.

Das Gericht stellte fest, dass das flämische Dekret zwar das Grundrecht der Religionsfreiheit einschränkt, jedoch auch, "dass dieser Eingriff einer von der Union anerkannten, dem Gemeinwohl dienenden Zielsetzung entspricht, nämlich der Förderung des Wohlergehens der Tiere". (*Humanistischer Pressedienst*, 18.12.20)

### *Deutschland*

(5407) **Münster.** Die *Türkisch-Islamische Gemeinde (Ditib)* darf in Oer-Erkenschwick per Lautsprecher zum Gebet aufrufen, was die Kommune schon vor fünf Jahren erlaubt hatte. Das Oberverwaltungsgericht für NRW hat nun eine Beschwerde von Bürgern abgewiesen, die sich in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt sahen. Die Vorsitzende Richterin meinte: "Jede Gesellschaft muss akzeptieren, dass man mitbekommt, dass andere ihren Glauben ausleben." Eine "erhebliche Belästigung" sei nicht gegeben, da das klagende Ehepaar 900 m entfernt wohnt und daher offenbar auch keine Ruhestörung reklamiert hatte. (*Süddeutsche Zeitung*, 24.9.20)  
Anm. *MIZ*-Red.: Dem Stadtplan zufolge liegt die Moschee in einem Industrieviertel.

(5408) **München.** Von den mittelalterlichen Judensau-Darstellungen gibt es bundesweit noch etwa 30, davon allein zehn in Bayern, teilte das Büro des bayerischen Antisemitismus-Beauftragten mit. Was es nicht mitteilte: Fast alle befinden sich an Kirchen, wo der Antijudaismus bis 1933 auch seine Heimstatt hatte. Die bekanntesten Darstellungen befinden sich am Regensburger Dom und an der Nürnberger Sebalduskirche. (*Süddeutsche Zeitung*, 21.11.20)

(5409) **Bremen.** Der evangelikale Pastor der Bremer Sankt-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, wurde wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt, die zu einer Geldstrafe von 8100 € umgewandelt wurde (AZ: 96 Ds 225 Js 26577/20). Er hatte laut Gericht in einem auf Youtube verbreiteten "biblischen Eheseminar" zum Hass gegen Homosexuelle angestachelt. Seine Gemeinde steht weiter zu ihm und will gegen die vorläufige Dienstenthebung Widerspruch beim Kirchenausschuss der Bremer Evangelischen Kirche einlegen. In der Vergangenheit hatten einflussreiche Politiker der fundamentalistischen Gemeinde Aufträge im Sozialbereich zugeschanzt, die weitgehend von der öffentlichen Hand finanziert wurden. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.11. u. 22.12.20)

(5410) **Berlin.** Markus Grübel (CDU), Bundestagsabgeordneter und "Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit", hat im Zweiten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit festgestellt, dass in mehr als 70 Staaten "menschenrechtswidrige Blasphemiegesetze" gelten. Sie dienten dazu, "religiöse Minderheiten zu diskriminieren und die Meinungsfreiheit einzuschränken". Zu diesen Staaten gehört allerdings auch Deutschland, wo ein Blasphemiegesetz dazu dient, die Meinungs- und Kunstfreiheit einzuschränken, wenn religiöse Fundamentalisten dies wünschen.

Dies nahm der *Koordinationsrat der Säkularen Organisationen (KORSO)* zum Anlass, die Abschaffung des "Religionsbeschimpfungsparagraphen" 166 StGB zu fordern. Das Hauptargument: Wer sich durch religionskritische Äußerungen beleidigt fühlt, kann selbst als Kläger aktiv werden, aber der Staat sollte Neutralität üben und sich unparteiisch verhalten. Das *Institut für Weltanschauungsrecht (IFW)* schrieb dazu: "Der Schutz vor Beschimpfung und der Schutz des öffentlichen Friedens erscheint durch die Straftatbestände der Beleidigung (§ 185 StGB), der üblen Nachrede (§ 186 StGB), der Verleumdung (§ 187 StGB) und der Volksverhetzung (§ 130 StGB) ausreichend. Die Vorstellung, religiöse oder weltanschauliche Bekenntnisse, Personen oder Gruppen benötigten einen über die §§ 130, 185, 186, 187 StGB hinausgehenden Schutz, erscheint nicht mehr zeitgemäß. § 166 StGB ist daher entbehrlich und kann aufgehoben werden."

Besonders grotesk wirkt sich diese Bestimmung bei Menschen aus, die auf Grund von Blasphemievorwürfen aus islamischen Staaten geflohen sind, und nun von Islamisten in Deutschland mit Blasphemievorwürfen bedroht werden, was zu lebensgefährlichen Folgen für die Betroffenen führen kann, wenn nach einer Verurteilung die Abschiebung droht. (*Humanistischer Pressedienst*, 1.12.20)

(5411) **Münster.** Die erste wirklich unabhängige Untersuchung von kirchlichem Missbrauch brachte in der Diözese Münster ein vernichtendes Zwischenergebnis, denn erstmals nahmen nicht Juristen, sondern vier Historiker und eine Ethnologin das bischöfliche Geheimarchiv unter die Lupe. Demnach handelt es sich (bisher) um etwa 300 Opfer sexueller priesterlicher Gewalt, die beim ersten Übergriff im Durchschnitt elf Jahre alt waren. Die etwa 200 Priester und Diakone, die als Beschuldigte gelten, konnten sich durchweg des Schutzes ihrer Bischöfe Höffner (1962-1969), Tenhumberg (1969-1979) und Lettmann (1980-2008) sicher sein, denn sie hätten Priester als Mitbrüder gesehen, denen ihre Sünden zu vergeben seien. Ihnen und ihren Generalvikaren bescheinigten die Autoren der Studie ein "intensives Leitungs- und Kontrollversagen". Die Bistumsleitung habe von vielen Taten gewusst, aber auch bei Intensiv- und Langzeittätern nach dem Modell des "schweigenden Arrangements" verfahren. Täter seien von kirchennahen Psychiatern begutachtet, vorübergehend in Kuren geschickt und dann wieder in der "Seelsorge" eingesetzt worden. Im Einzelfall habe der Staatsanwalt mit dem Generalvikar telefoniert und dann auf Strafverfolgung verzichtet. Die meisten Betroffenen wagten erst nach 2010 sich zu outen, weil sie vorher meinten, ihnen werde nicht geglaubt und ihre Familien könnten innerkirchlich in Ungnade fallen. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.12.20)

(5412) **Berlin.** Das sogenannte "House of One", ein Gebetshaus, das die drei Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam unter einem Dach zusammenbringen soll, wird überwiegend vom Staat finanziert. Die Kosten des Projekts belaufen sich nach Angaben der Träger auf 47,2 Millionen Euro. Davon finanziert der Bund 20 Millionen Euro. Weitere zehn Millionen sagte das Land Berlin zu. Noch 2021 soll der Grundstein gelegt werden. (*Vatican News*, 9.12.20)

(5413) **Würzburg.** Die Diözese Würzburg muss vier ihrer zehn Tagungs- und Weiterbildungshäuser schließen oder an andere Träger abgeben. Als Anlass dienen die coronabedingten Einnahmeausfälle, doch spielen auch die geringere Katholikenzahl und das nachlassende innerkirchliche Interesse eine Rolle. (*Süddeutsche Zeitung*, 11.12.20)

(5414) **Speyer/Darmstadt.** Bei der Aufklärung kirchlicher Missbrauchsfälle kommen immer mehr neue Varianten ans Licht. So geht aus einem Urteil des Sozialgerichts Darmstadt vom Mai 2020 hervor, dass Ordensschwestern in Speyer mehreren Geistlichen über viele Jahre hinweg Heimkinder zum sexuellen Missbrauch zugeführt haben. Unter den Verbrechern befindet sich auch ein 1998 verstorbener Generalvikar (also Stellvertreter des Bischofs) der Diözese Speyer. Öffentlich gemacht hat den Skandal nun der aktuelle Speyerer Bischof Wiesemann in einem Interview mit seiner Kirchenzeitung *Pilger*, während sich seine Vorgänger unisono in Schweigen und Vertuschung geübt hatten.

Das Darmstädter Urteil beschreibt über viele Seiten die dramatische Kindheit eines 1957 geborenen Mainzers aus prekären Verhältnissen. Dieser war mit fünfeinhalb Jahren im Speyerer Kinderheim der Niederbronner Schwestern gelandet. Die Zeit in der Engelsgasse nennt er eine „Zeit des ständigen Missbrauchs“. Hochgerechnet 1.000 Mal sei er vergewaltigt worden. Angefangen habe der Missbrauch, als er mit zehn oder elf Jahren Ministrant im Speyerer Kaiserdom war. Die betroffenen Niederbronner Schwestern haben unterdessen eine Aufklärung der Vorwürfe zugesichert - nachdem ihnen sowieso nichts anderes mehr übrig geblieben war. Bisher meldeten sich vier betroffene ehemalige Insassen des Kinderheims, doch gehen Experten von einer erheblichen Dunkelziffer aus. (*KNA*, 11.12.20)

(5415) **Fulda.** Nicht nur die Kirchen waren Weihnachten oft leer. Auch in den Kollektenkörbchen landete sehr viel weniger als sonst. Nach den Erfahrungen in der Bischofsstadt Fulda brachen die Einnahmen um 86 Prozent ein. Als Ursache wurde neben dem deutlich geringeren Gottesdienstbesuch der Vertrauensverlust infolge der Missbrauchsvertuschungen durch Bischöfe und den Vatikan erwähnt. Auf den kirchlichen Hinweis, dass dann auch weniger Geld für Hilfsbedürftige zur Verfügung stehe, folgte vor allem von kirchlichen und nichtreligiösen Jugendorganisationen die Aufforderung, die Kirchen mögen dafür einen größeren Zuschuss aus ihrem Vermögen leisten. (*MDR aktuell*, 23.12.20)

(5416) **München.** Nach einem ersten Überblick gab es 2020 zwar etwas weniger Kirchaustritte als 2019 (auch weil die Standesämter und Amtsgerichte coronabedingt kürzer geöffnet waren), aber insgesamt blieb der Rückgang bei Kirchenmitgliedern erheblich. In München nahm die Einwohnerzahl um 2000 zu, die Zahl der Katholiken aber um 13.500 (minus 3,1 %) und die der Protestanten um 5000 ab (minus 3,0 %). Ende 2020 waren genau 29,10 % katholisch (minus 0,90 %) und 10,40 % evangelisch (minus 0,33 %). Bleibt die Schwundrate konstant, wird sich die Kirchenmitgliederzahl binnen 22 Jahren halbieren. Experten gehen davon aus, dass dies auch für andere Ballungszentren gilt, nicht aber für das Hinterland. Für das Bundesgebiet insgesamt ist mit einer Halbwertszeit von gut 30 Jahren zu rechnen. (Recherchen der *MIZ*-Redaktion, 15.1.21)

### *Frankreich*

(5417) **Lourdes.** Die Pandemie stürzt den Marienwallfahrtsort Lourdes in finanzielle Nöte. Der kleine Ort in den südfranzösischen Pyrenäen lebt mit seinen 13.000

Einwohnern und 15.000 Hotelbetten - nach Paris den zweitmeisten aller französischen Kommunen - fast ausschließlich vom Pilgertourismus. Während der Ort sonst sehr gut von Übernachtungen und dem Devotionalienhandel lebt, wird das Defizit für das laufende Jahr auf 4,5 Millionen Euro veranschlagt. Grund dafür ist der Ausfall von über neunzig Prozent der Wallfahrten. Derzeit betreten täglich nur um die dreißig Menschen die Grotte von Massabielle, in der 1858 angeblich Maria dem Hirtenmädchen Bernadette Soubirous erschienen sein soll. Sonst sind es mehrere Millionen im Jahr. Im Frühjahr blieb der Heilige Bezirk in Lourdes, zu dem außer der Grotte auch zwei Basiliken gehören, zum ersten Mal in der Geschichte mehr als sechzig Tage lang geschlossen. (*La Croix*, 20.11.20)

(5418) **Paris/Montauban.** Die französische Kirchenhierarchie reagierte abweisend auf Corona-Beschränkungen der Regierung, obwohl diese sogar weniger strikt ausfielen als bei allen anderen. Präsident Macron hatte in einer TV-Ansprache Lockerungen für die Weihnachtszeit angekündigt und öffentliche Gottesdienste wieder zugelassen, allerdings nur mit einer Obergrenze von dreißig Personen. Neben Protesten anderer Oberhirten rief der Bischof von Montauban die Gläubigen sogar dazu auf, die Kirchen zu besetzen und die staatlichen Regelungen bewusst zu missachten. Christliche Journalisten erhoben den Vorwurf, Paris schrecke vor „Sonderregelungen für die Christen“ zurück und wolle ihnen im Vergleich zu anderen religiösen Richtungen nicht weiter entgegenkommen. Die Forderung nach einer Sonderbehandlung zeigte Wirkung: Auf den Anruf des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof Eric de Moulins-Beaufort, im Elysée-Palast hin versprach Präsident Emmanuel Macron noch einmal nachzubessern. (*Télé 5*, 23.11.20; *La Croix*, 26.11.20; *Vatican News*, 26.11.20)

(5419) **Paris.** Obwohl die katholische Kirche den Suizid als Todsünde betrachtet, haben sich in den vergangenen vier Jahren in Frankreich sieben Priester das Leben genommen. Das veranlasste die Bischofskonferenz zu einer eigenen Erhebung über den Gesundheitszustand der Priester. Befragt wurden gut 6.300 Priester im Alter unter 75 Jahren, das sind rund 42 Prozent des französischen katholischen Klerus. Dabei gaben rund 40 Prozent einen Alkoholmissbrauch zu - deutlich mehr als alle Experten erwartet hatten. Überdies ist jeder Fünfte von Depression betroffen, ein erheblicher Anteil der Priester beklagte Isolation und Einsamkeit. Mehr als die Hälfte der Befragten lebt allein. (*sir* [katholischer Informationsdienst], 27.11.20)  
Anm. *MIZ*-Red.: Lohnenswert wäre, den eigentlichen Gründen für die priesterlichen Depressionen auf die Spur zu kommen. Nicht wenige Kleriker wenden sich nämlich in jungen Jahren diesem Beruf zu in der Meinung, den Menschen die Wahrheit zu verkünden. Später bemerken sie oft genug, dass auch die Kirchen nicht Tatsachen, sondern Meinungen und Vermutungen verkünden. Zweifel am Sinn ihres Berufs und spätere Depression sind die logische Folge. Hinzu kommt, dass ein Berufswechsel kaum möglich ist, denn was ein Priester in der Ausbildung lernt, ist außerhalb der Kirche nur zu einem ganz geringen Teil brauchbar.

(5420) **Paris.** Erzbischof Ventura, ehemaliger vatikanischer Gesandter in Paris, wurde zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Er wurde von mehreren Männern der sexuellen Nötigung beschuldigt, hatte aber stets seine Unschuld erklärt. Darüber hinaus muss er 13.000 Euro an die Opfer und 9.000 Euro an Prozesskosten zahlen. (*Vatican News*, 17.12.20)

**Österreich**

(5421) **Wien.** Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat die Regelung aufgehoben, wonach Beihilfe zum Suizid strafbar ist. Der Straftatbestand der „Hilfeleistung zum Selbstmord“ verstoße gegen das Recht auf Selbstbestimmung. Die Aufhebung des bisherigen Verbots tritt allerdings erst zum Jahresanfang 2022 in Kraft. Bis dahin muss eine neue gesetzliche Regelung vorliegen.

Für die Aufhebung des Suizidbeihilfe-Verbots maßgeblich war laut Gerichtspräsident Grabenwarter das aus der Verfassung abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung. Dieses umfasse „sowohl das Recht auf die Gestaltung des Lebens als auch das Recht auf ein menschenwürdiges Sterben“. Die Entscheidung des Einzelnen, ob und aus welchen Gründen er sein Leben in Würde beenden wolle, hänge von seinen Überzeugungen und Vorstellungen ab und liege in seiner Autonomie. Auch das Recht, die Hilfe eines dazu bereiten Dritten in Anspruch zu nehmen, gehöre zu dieser Selbstbestimmung. Dem Verfassungsgerichtshof zufolge ist es unerheblich, ob ein Patient im Rahmen einer medizinischen Behandlung oder einer Patientenverfügung lebenserhaltende medizinische Maßnahmen ablehnt oder ob ein Suizidwilliger mit Hilfe eines Dritten sein Leben beenden will. In jedem der beiden Fälle sei vielmehr entscheidend, dass der oder die Kranke die jeweilige Entscheidung frei und selbstbestimmt treffe.

Das am 11. Dezember ergangene Urteil führte erwartungsgemäß zu heftiger Kritik der katholischen Kirche, auch wenn „Tötung auf Verlangen“ in Österreich verboten bleibt. Für die katholische Bischofskonferenz ist das Urteil ein "Kulturbruch mit dem bisherigen bedingungslosen Schutz des Menschen am Lebensende". Ihr Vorsitzender, der Salzburger Erzbischof Lackner, sparte auch nicht mit Polemik. Mit dem Satz "Jeder Mensch in Österreich konnte bislang davon ausgehen, dass sein Leben als bedingungslos wertvoll erachtet wird - bis zu seinem natürlichen Tod" unterstellte er, dass das Leben eines selbstbestimmt sterbenden Menschen als weniger wertvoll angesehen wird. Bei Freidenkern, anderen säkularen Gruppen und einem erheblichen Teil der Bevölkerung löste das Urteil hingegen Zustimmung aus, weil es das Meinungsmonopol der Kirchen zugunsten der individuellen Autonomie beendet. (Pressemitteilung des Verfassungsgerichtshofs vom 11.12.20; *Kathpress*, 12.12.20)

(5422) **Wien.** Das Kopftuchverbot an Grundschulen ist vom Verfassungsgerichtshof gekippt worden. Es verstoße gegen das Gleichheitsgebot, weil es eine Religion, den Islam, ohne nähere Begründung herausgreife, während die jüdische Kippa oder die Patka der Sikhs nicht verboten seien. Dies widerspreche dem Gebot der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates. (*Süddeutsche Zeitung*, 12.12.20)

(5423) **Wien.** Ungewöhnlich schnell präsentierte die katholische Kirche ihre Jahresstatistik 2020. Die Kirchengaustritte gingen (auch coronabedingt) von 67.794 auf 58.525 zurück, allerdings sanken auch die Eintritte von 4.898 auf 3.807. Die Katholikenzahl insgesamt sank von 4,98 auf 4,91 Millionen.

Die Zahl der sonntäglichen Messbesucher und der Priester ging wie schon in den Vorjahren leicht zurück; konkrete Zahlen wurden nicht genannt. Die Zahl der Taufen wurde nur für 2019 präsentiert. Sie nahm deutlich von 47.312 im Jahr 2018 auf 44.977 ab, ebenso die Zahl der kirchlichen Trauungen (9.842 gegenüber 11.155 in 2018).

Die Einnahmen aus Kirchenbeiträgen (entspricht den deutschen Kirchensteuern) stiegen 2019 trotz gesunkener Mitgliederzahlen von 474 (in 2018) auf knapp 481 Millionen Euro. Die staatlichen Subventionen, offiziell begründet mit "Abgeltung von Schäden aus dem Nationalsozialismus" machten 50,2 Millionen Euro und somit rund 8 Prozent der kirchlichen Einnahmen aus. Die restlichen 106,5 Millionen Euro (= 16,7

% der Einnahmen) stammen aus der Vermögensverwaltung, aus Vermietungen, Leistungen, Subventionen und sonstigen Erträgen. (*kathpress*, 13.1.21)

## Polen

(5424) **Kalisz.** Der Papst hat den Rücktritt von Bischof Edward Janiak angenommen - aber erst, nachdem dieser in die öffentliche Kritik geriet. Der Bischof steht im Mittelpunkt des Dokumentarfilms *Das Versteckspiel*. Dort wird Janiak beschuldigt, nichts gegen einen Priester unternommen zu haben, der Kinder sexuell missbraucht hat - obwohl deren Eltern Janiak schon 2016 darüber informiert hatten. Weder der Heilige Stuhl noch die polnischen Bischöfe denken aber daran, den Bischof oder den mutmaßlichen Sexualverbrecher rechtlich zu belangen oder eine strafrechtliche Aufarbeitung des Falls zu betreiben. Ihr Bestreben geht offensichtlich dahin, die Berichterstattung und damit den Imageschaden für die Kirche möglichst klein zu halten. (*Vatican News*, 17.11.20; *KNA*, 17.10.20)

(5425) **Lodz.** Der heißeste Corona-Hotspot Polens befindet sich in der Bischofskonferenz. Binnen zehn Tagen wurden 13 Bischöfe positiv auf das Virus SARS-CoV-2 getestet. Da zusätzlich mehrere Mitarbeiter der Kurie betroffen waren, wird vermutet, dass das Virus bei der Vollversammlung der Bischofskonferenz am 5. und 6. Oktober in Lodz übertragen wurde. Dort hatten sich die mehr als 80 Bischöfe u.a. zu Beginn ihres Treffens ohne Mund-Nase-Schutz für ein Gruppenfoto dicht nebeneinander gestellt. In wievielen Fällen ihr allerhöchster Chef ein Ticket für eine vorzeitige Himmelfahrt gewährte, blieb bei Redaktionsschluss noch offen. (*KNA*, 19.10.20; *kathpress*, 21.10.20)

(5426) **Warschau.** Eine breite Mehrheit der Polen hat der katholischen Kirche in ihrem Land in einer Umfrage ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Rund zwei Drittel (65,7 Prozent) sind der Meinung, die Kirche spiele eine negative Rolle im öffentlichen Leben, wie eine Erhebung des Meinungsforschungsinstituts *United Surveys* im Auftrag der Zeitung *Dziennik Gazeta Prawna* und des Radiosenders *RMF* ergab. Nur 27,4 Prozent sehen die Kirche positiv. Selbst bei den praktizierenden Katholiken bewertete eine knappe Mehrheit die Rolle der katholischen Kirche im öffentlichen Leben negativ. Die Wähler rechtsnationalistischen Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit (PiS)* sind hingegen zu 69 Prozent mit der Kirche zufrieden. Der Politologe Antoni Dudek sprach gegenüber der Zeitung von einer „tiefen Krise“ der Kirche. Diese sei über die Jahre immer größer geworden. Als Gründe hierfür nannte er Vertuschung von Verstrickungen mit dem ehemaligen kommunistischen Geheimdienst, Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch, mangelnde Bescheidenheit von Geistlichen sowie Verbindungen von Priestern mit der Regierungspartei *PiS*. Das Institut *United Surveys* hatte 1.000 repräsentativ ausgewählte Polen befragt. 88 Prozent der Bürger des Landes gehören laut dem staatlichen Statistikamt der katholischen Kirche an. (*KNA*, 4.11.20)

Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kam zwei Monate später das staatliche Meinungsforschungsinstitut *CBOS*. Das Institut befragte für seine aktuelle Studie von Ende November bis Anfang Dezember 1.010 erwachsene Polen. 47 Prozent waren der Ansicht, die Kirche mache ihre Arbeit schlecht, 41 Prozent äußerten sich positiv. Das Institut stellte damit erstmals seit 1993 mehr Unzufriedenheit als Zufriedenheit mit der Kirche in der Gesellschaft fest. In Polen wird die katholische Kirche gegenwärtig wegen Missbrauchsskandalen und ihrer Forderung nach einem totalen Abtreibungsverbot massiv kritisiert. Im September hatten sich in einer *CBOS*-Umfrage noch 49 Prozent mit der Arbeit der Kirche zufrieden und 41 Prozent unzufrieden gezeigt. Ende 1989 - nach dem Ende des kommunistischen Regimes -

hatten fast 90 Prozent der Polen die Arbeit der Kirche laut CBOS positiv bewertet. Gut drei Jahre später, waren es nur noch knapp 40 Prozent, der bislang niedrigste Wert. Seit 1995 sahen meist zwischen 50 und 70 Prozent die Arbeit als "definitiv gut" oder "eher gut" an. (diverse polnische Medien, 19.12.20; KNA, 20.12.20)

(5427) **Danzig.** Ein Berufungsgericht hat zwei katholische Diözesen rechtskräftig zu einer hohen Entschädigungszahlung an ein Missbrauchsoffer verurteilt. Die Bistümer Breslau und Bromberg scheiterten mit ihrer Beschwerde gegen ein Urteil vom Februar 2020, das sie gemeinsam zur Zahlung von umgerechnet etwa 67.000 Euro verpflichtet. Das Gericht gab in dem Zivilprozess dem auf Entschädigung klagenden Mann Recht, der 2009 als 14-Jähriger von dem Pfarrer Pawel K. missbraucht wurde. „Die Bischöfe wussten von der Pädophilie ihres Priesters“, begründete die vorsitzende Richterin die rechtskräftige Entscheidung. Trotzdem hätten sie ihn nicht suspendiert, sondern ihn nur von Pfarrei zu Pfarrei versetzt. Inzwischen sitzt der Täter eine siebenjährige Freiheitsstrafe ab.

Polens Bischöfe lehnen bisher alle Schadensersatzzahlungen an Missbrauchsoffer ab, die über die Übernahme von Therapiekosten hinausgehen. (KNA, 4.12.20)

## Schweiz

(5428) **St. Gallen.** Noch nie sind in der Schweiz so viele Katholiken aus der Kirche ausgetreten wie 2019, nämlich 31.772. Dabei wurde bereits 2018 mit 25.366 Austritten ein Rekord erreicht. 2017 lag die Zahl der Austritte noch bei 19.893. Laut einer Analyse des katholischen *Schweizerischen Pastoralsoziologischen Instituts (SPI)* in St. Gallen spielte eine Häufung kritischer Themen eine Rolle. 2019 wurde bekannt: Nicht nur Kinder und Jugendliche werden durch Kirchenleute missbraucht, sondern auch Ordensfrauen. Oder die Kritik an der Diskriminierung der Frau bekam 2018 mit dem Austritt prominenter Katholikinnen und dem Frauenkirchenstreik 2019 neuen Aufwind.

Immerhin fällt in der jetzt veröffentlichten Statistik ein neuer Trend auf: Mehr Mitglieder zwischen 51 und 65 Jahren kehren der Kirche den Rücken. Im Kanton Zürich entfielen auf diese Altersgruppe 2011 nur 16, 2019 hingegen schon 24 Prozent. Die meisten Austretenden seien zwischen 25 und 35 Jahre alt, teilt das *SPI* mit. „Sie fällen diesen Entscheid, wenn zum ersten Mal die Kirchensteuer fällig wird. Wir fragen uns nun, ob jetzt die Eltern von ihren Kindern lernen und die Hemmschwelle auch bei den Älteren wegfällt.“

Vor allem in der Deutschschweiz nahmen die Kirchaustritte durchweg zu. Die romanischen Kantone Genf, Wallis, Neuenburg und Waadt verzeichneten hingegen kaum Austritte, weil es dort keine Kirchensteuer gibt und das Motiv des Geldsparens entfällt. Spitzenreiter in absoluten Zahlen ist der Kanton Zürich (7044), gefolgt vom Aargau (4.672), von St. Gallen (3.393) und Luzern (3.280). Wenig Austritte gab es in den ländlich-katholisch geprägten Kantonen Obwalden (273), Nidwalden (265) und Uri (256), in denen z.B. auch das Frauenwahlrecht erst vor wenigen Jahren eingeführt wurde. Bei der Austrittsquote (bezogen auf 100 Katholiken) liegt Basel-Stadt mit 4,9 Prozent einsam an der Spitze, gefolgt von Aargau und Solothurn mit 2,2 bzw. 2,1 Prozent. Am anderen Ende der Skala stehen Appenzell-Innerrhoden (0,5 Prozent), der Kanton Jura (0,8 Prozent) oder Uri (0,9 Prozent).

Die hohen Austrittszahlen werfen auch innerkirchlich die Frage auf, ob der Kirchaustritt in der breiten Bevölkerung an sozialer Akzeptanz gewinnt. Der *SPI*-Chef kann sich vorstellen, dass ein Austritt irgendwann vielerorts keinen besonderen Schritt mehr darstellt. „Im Kanton Basel-Stadt sind 50 Prozent der Bevölkerung konfessionslos. Das Normale ist dort jetzt schon die Nicht-Zugehörigkeit.“ (cath.ch, 19.11.20)

(5429) **Lugano.** Ein früherer Generalvikar des Bistums Lugano steht im dringenden Verdacht, in seiner Wohnung zwölf Jahre lang eine Frau gefangen gehalten zu haben. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Tessin hat gegen den Geistlichen ein Strafverfahren eröffnet. Die Kantonspolizei bestätigte, dass dem katholischen Priester Entführung, Nötigung und Körperverletzung gegenüber einer 48 Jahre alten Frau vorgeworfen werde. Details veröffentlichten die Behörden angesichts der „besonderen Sensibilität der Angelegenheit“ nicht.

Das Bistum Lugano bestätigte die Ermittlungen gegen einen Priester und betonte, in dem Fall seien „keine Minderjährigen involviert“. Weitere Angaben verweigerte die Diözese. Verschiedene Medien zeigten sich verwundert, dass anderen Klerikern sowie leitenden Mitarbeitern des Bistums angeblich nie etwas aufgefallen sein soll. (*Blick*, 21.11.20: *kath.ch*, 23.11.20)

(5430) **Bern.** Der Schweizer Bundesrat beschloss am 8. Dezember wegen der Corona-Pandemie zahlreiche Einschränkungen und untersagte jede Form von Kulturveranstaltungen und öffentlichen Versammlungen. Davon ausgenommen waren einzig "religiöse Feiern sowie Versammlungen".

Die Freidenker-Vereinigung der Schweiz kritisierte diese Ungleichbehandlung und erinnerte daran, dass gerade Gottesdienste schon mehrfach Auslöser von massenhaften Corona-Ansteckungen wurden. Präsident Andreas Kyriacou betonte: "Es ist reine Willkür, dass ein Konzert oder ein Treffen Gleichgesinnter stattfinden darf, wenn es als religiöse Feier deklariert wird, in allen andern Fällen aber verboten wird. Der Bundesrat muss alle gesellschaftlichen Akteure gleichermaßen in die Pflicht nehmen, eben auch die Religionsgemeinschaften." (*Humanistischer Pressedienst*, 11.12.20)

## *Spanien*

(5431) **Madrid.** Das spanische Parlament hat eine weitreichende Strafflosigkeit von Sterbehilfe auf den Weg gebracht. Mit 198 zu 138 Stimmen votierte das Parlament überraschend deutlich für eine Freigabe der "Tötung auf Verlangen", die bisher nur in den Benelux-Ländern erlaubt ist. Nur die christdemokratische Partei und die Rechtsextremisten von der Partei Vox stimmten dagegen. Die katholischen Bischöfe meinten, das Gesetz untergrabe das (angebliche) Staatsziel der „Verteidigung des Lebens“ und provoziere einen „moralischen Bruch“. Außerdem beklagten sie, dass das Gesetz so schnell über die Bühne gegangen und nicht genügend Beratungszeit eingeräumt worden sei. Dem hielt die Parlamentsmehrheit entgegen, dass die Diskussion seit zwei Jahrzehnten auf allen Ebenen der Öffentlichkeit ausgiebigst geführt worden sei. Für das Inkrafttreten muss nur noch der Senat dem Gesetz zustimmen. (*Vatican News*, 12. und 18.12.20)

## *Tschechien*

(5432) **Prag.** Zur Bekämpfung des Corona-Virus sind in der Tschechischen Republik Mitte Oktober neue Verordnungen in Kraft getreten, die die Kirchen wie alle anderen betreffen. An Gottesdiensten in geschlossenen Räumen dürfen maximal zehn Personen teilnehmen. Diese Personenzahl gilt auch für alle anderen kirchlichen Aktivitäten. Experten zufolge hat dies kaum praktische Auswirkungen, da in dem stark säkularisierten Staat ohnehin fast keine Gottesdienstbesucher mehr anzutreffen sind.

Die Tschechische Bischofskonferenz rief in einer Stellungnahme zum Rosenkranzgebet um die Beendigung der Pandemie auf. Das Gebet sei ein



„mächtiges und dabei leicht zugängliches Mittel, das jederzeit zur Verfügung steht“. Warum dieses "mächtige Mittel" bisher montelang nicht gewirkt hat, vermochten die Bischöfe allerdings nicht zu erklären. (*kathpress*, 12.10.20)

## Vatikan

(5433) **Vatikanstadt.** Die Corona-Pandemie hat den Vatikan besonders hart getroffen. Ein für Ende Oktober vorgesehener Exorzismus-Kurs musste wegen der angespannten Corona-Lage abgesagt werden. Das Seminar für Priester und Laien war an der Päpstlichen Universität *Regina Apostolorum* geplant. Es soll zwar im Frühjahr 2021 nachgeholt werden, aber bis dahin ist der Vatikan dem Treiben der diversen Teufel schutzlos ausgeliefert, die dort nach Überzeugung des Heiligen Stuhls vor allem im Finanz- und Sexualbereich ihr Unwesen treiben. Immerhin weiß die Welt nun, welche wissenschaftlichen Leistungen der päpstlichen Universität ein absolutes Alleinstellungsmerkmal verschaffen. (*Vatican News*, 22.10.20)  
Anm. *MIZ*-Red.: Bereits 1982 stellte Pater Gabriele Amorth, damaliger Chef-Exorzist des Vatikan, resigniert fest, dass es die meisten Teufel im Vatikan gibt - eine Aussage, der selbst diejenigen nur schwer zu widersprechen vermögen, die an die Existenz dieser rätselhaften Wesen gar nicht glauben. Auch wenn Amorth eigener Aussage zufolge 70.000 Teufel ausgetrieben haben will, müssen diese am Sitz der katholischen Kirche derart mächtig sein, dass sie schon mittels eines winzigen Virus die Teufelbekämpfungsmaßnahmen des Heiligen Stuhls lahmlegen können.

(5434) **Genf.** Ein Vertreter von *Radio Vatikan* ist zu einem von neun Mitgliedern der Geschäftsleitung der *Europäischen Rundfunkunion (EBU)* gewählt worden. Er fungiert damit auf der gleichen Ebene wie z.B. der *ZDF*-Intendant oder der *ORF*-Generaldirektor. Die *EBU* hat 115 aktive Mitglieder aus 56 Ländern in Europa und zusätzlich 34 assoziierte Mitglieder in Asien, Afrika, Australasien und Amerika. Sie ist damit der weltweit größte Zusammenschluss nationaler öffentlich-rechtlicher Rundfunkanbieter. Die *EBU* vertritt die Anliegen der öffentlich-rechtlichen Medienunternehmen.

Die Generalversammlung der *European Broadcasting Union* gab keine Erklärung ab, warum ausgerechnet der Vertreter eines winzigen Senders in diese Spitzenposition bestimmt wurde, der noch dazu nicht einmal im eigentlichen Sinne öffentlich-rechtlich ist, sondern als rein interessenorientierter Spartenkanal fungiert. (Pressemitteilung der *EBU*, 3.12.20; *Vatican News*, 4.12.20)

(5435) **Vatikanstadt.** Der Papst hat in einer Generalaudienz behauptet, es sei zwar möglich, nicht an Gott zu glauben, aber nahezu unmöglich, nicht ans Gebet zu glauben – selbst die Tiere beteten schließlich. „Wir Menschen sind nicht die Einzigen, die beten in diesem gequälten Universum: Jedes Fragment der Schöpfung trägt die Sehnsucht nach Gott in sich geschrieben.“

Dabei berief sich der Papst u.a. auf einige poetische Zeilen des antiken christlichen Schriftstellers Tertullian, denen zufolge selbst „wilde Tiere das Knie beugen“ und die Vögel „hoch zum Himmel auffliegen, wobei sie ihre Flügel in Kreuzesform ausbreiten“. Selbst kirchennahe Vatikanbeobachter zeigten für diese päpstlichen Ansichten wenig Verständnis und fragten sich, ob der Pontifex möglicherweise den Bezug zur Wirklichkeit verloren habe. (*Vatican News*, 9.12.20)

(5436) **Bern/Vatikanstadt.** Der schweizerische Bundesrat will den Neubau der Kaserne der Schweizergarde im Vatikan mit fünf Millionen Franken (4,6 Millionen Euro) subventionieren. Da dies der verfassungsgemäßen weltanschaulichen Neutralität widerspricht, musste als Anlass das 100-Jahr-Jubiläum der

diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Heiligen Stuhl erhalten. Nach Fertigstellung des auf insgesamt 55 Millionen Franken (51 Millionen Euro) veranschlagten Neubaus (für den natürlich der Vatikan zuständig ist) soll die Schweizergarde von derzeit 110 auf 135 Gardisten aufgestockt werden. (*kath.ch*, 14.12.20)

## **Nordamerika**

### *Kanada*

(5437) **Ottawa**. Auch in Kanada soll Sterbehilfe liberalisiert werden. Der Entwurf namens Bill C-7, den das Unterhaus bereits verabschiedete, weitet die bereits vorher bestehenden Möglichkeiten aktiver Sterbehilfe aus. Seit 2016 erlaubt das Gesetz „Bill C-14“ sowohl den ärztlich assistierten Suizid als auch die „Tötung auf Verlangen“. 2019 machten gut 5.600 Menschen vom Sterbehilfe-Gesetz Bill C-14 Gebrauch, mehr als fünfmal so viele wie bei seiner Einführung 2016. Künftig sollen aber auch chronisch kranke Menschen ein Anrecht auf aktive Sterbehilfe haben - selbst wenn sie nicht unmittelbar von starken Schmerzen geplagt werden.

Wie überall protestierten auch hier die Kirchen. Die katholischen Bischöfe warnten vor einer übereilten Regelung und meinten, in Kanada liege kein Konsens über die vorgeschlagene Ausweitung von Euthanasie und assistiertem Suizid vor, auch wenn die Regierung Anderes behaupte. (*Vatican News*, 21.12.20)

Anm. *MIZ-Red.*: In der Tat gibt es Einwände von Behindertenverbänden und religiösen Gruppen, Tatsache ist aber auch, dass laut kanadischen Medien die deutliche Mehrheit der Bevölkerung das neue Gesetz befürwortet. Aus humanistischer Sicht kommt es entscheidend darauf an, ob ein klar geäußerter Wille des willensfähigen Betroffenen vorliegt, der selbstverständlich beachtet werden muss - auch wenn ein Weiterleben bis zuletzt gewünscht wird. Daher ist nicht ersichtlich, wo religiöse und andere Interessengruppen in ihren Rechten verletzt werden. Hingegen ist offensichtlich, dass sie ihre Moralvorstellungen anderen aufzwingen und zum allgemeinverbindlichen Gesetz erklären wollen.

### *Vereinigte Staaten*

(5438) **Washington**. Die Katholiken haben in den US-Präsidentenwahlen auch diesmal mehrheitlich für Trump gestimmt, obwohl mit Biden ein praktizierender Katholik und regelmäßiger Kirchgänger die Alternative war. Das Ergebnis war mit 50 zu 49 Prozent allerdings knapper als 2016, als noch 54 Prozent der Katholiken für Trump stimmten. Die Tatsache, dass Biden gegen die Strafbarkeit von Abtreibung ist, kann für das Stimmverhalten der Katholiken nicht den Ausschlag gegeben haben, denn er hat in diesem Punkt auch die Mehrheit der US-Katholiken hinter sich - zum Ärger der Bischöfe. Die Kritik an Biden bleibt in den straff organisierten rechtskonservativen Kreisen der US-Katholiken aber weiterhin dominierend und einflussreich. Das katholische Mediennetzwerk *CNA/EWTN* behauptete z.B. nach den Wahlen, die Amerikaner würden „vielleicht niemals das Ausmaß des Wählerbetrugs in diesen Wahlen erfahren“. Ähnlich positioniert sich *CatholicVote*, eine Lobby-Gruppe für Trump, die "eine Wolke der fehlenden Legitimität" über Biden ausmacht. (*kathpress*, 8.11.20)

(5439) **Washington**. Kurz vor Weihnachten fielen ausgerechnet die Rechtsextremen unter den evangelikalen Predigern vom Glauben an den Erlöser Donald Trump ab. Der inzwischen 90-jährige Pat Robertson hatte noch im Oktober verkündet, Trump

werde die Wahl gewinnen, aber kurz danach werde ein Asteroid die Erde treffen. Nun schockierte er seine Anhänger mit einem ganz neuen Bekenntnis: "Ich habe gebetet und gehofft, dass es eine bessere Lösung gibt. Aber ich glaube, es ist vorbei." Trump lebe in einer "alternativen" Wirklichkeit. "Er hatte seine Chance. Nun ist es Zeit weiterzuziehen." Auch die rechtskonservativen US-Sender *Fox* und *Newsmax* rückten vom Wahlverlierer ab. Sie widerlegten zahlreiche abwertende Behauptungen über die Wahlmaschinen Dominion und Smartmatic, nicht zuletzt weil ihnen sonst Millionenklagen der Hersteller gedroht hätten. Überdies mögen konservative und evangelikale Amerikaner keine Verlierer, weil das Gewinnen in ihren Augen die Anerkennung ihrer Leistung durch Gott ist. Selbstmitleidige Attitüden eines schlechten Verlierers passen da nicht ins Weltbild christlicher Fundamentalisten. (*Augsburger Allgemeine*, 23.12.20)

## Lateinamerika

### *Argentinien*

(5440) **Vatikanstadt/Buenos Aires.** Mit einem handschriftlichen Brief hat der Papst Lebensschützer in seiner argentinischen Heimat unterstützt. Er warnte darin vor Versuchen, Abtreibung in Argentinien zu legalisieren. Das Problem der Abtreibung sei „nicht in erster Linie ein religiöses“, vielmehr gehe es dabei „um die menschliche Ethik, ganz unabhängig vom religiösen Bekenntnis“. Damit setzt er die katholische Doktrin fort, wonach die katholische Ethik gleichzeitig auch für alle anderen verbindlich sei.

Kurz zuvor hatten Aktivisten in Buenos Aires für eine Aufweichung des Abtreibungsverbots demonstriert. Die Bischöfe hingegen wollen dies sogar dann verhindern, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist, und erklärten: „Erstmals im demokratischen Argentinien könnte ein Gesetz verabschiedet werden, das den Tod einer Person in Kauf nimmt, um eine andere Person zu retten.“ (*Vatican News*, 26.11.20)

(5441) **Buenos Aires.** Mit der Zustimmung im Parlament hat das von der argentinischen Regierung geförderte Abtreibungsgesetz am 11. Dezember seine erste Hürde genommen. Eingriffe sind bis zur 14. Woche erlaubt und kostenlos im öffentlichen Gesundheitswesen möglich.

Auf der Kippe stand lange Zeit die Zustimmung des Senats, der vor zwei Jahren ein ähnliches Projekt abgelehnt hatte. Entgegen allen Befürchtungen fiel die Abstimmung am 30. Dezember mit 38 zu 29 Stimmen positiv aus. Typisch dabei die Haltung des Senators Sergio Leavy von der Regierungspartei. Er stimmte 2018 noch mit Nein. Heute sei er zu der Einsicht gekommen, dass es nicht um ihn oder seine Überzeugungen gehe, sondern um die Situation von vielen Frauen: "Ich weiß, wenn Frauen abtreiben wollen, tun sie es heimlich. Wer kein Geld hat, geht zu irgendeiner Heilerin, zu jemandem, der keinerlei Praxis hat. Die Frage ist doch: Geben wir diesen Frauen, die Möglichkeit, den Eingriff sicher im Gesundheitssystem vorzunehmen oder treiben wir sie zu einer Praxis, die ihnen das Leben oder für immer die Gebärfähigkeit raubt?" Leavy kommt aus Salta, einer Provinz im konservativen Norden, wo der Einfluss der katholischen wie auch der evangelikalen Kirche besonders groß ist - und damit auch der Druck auf die Senatoren.

Gegner des Gesetzes hielten während der Abstimmung eine Mahnwache vor dem Kongress ab. Mit dabei: ein riesiger, mit Kunstblut bespritzter Pappmaché-Fötus und viele Geistliche wie Pater Javier, der vor dem Gesetz warnt: "Auf dem Spiel steht, dass Argentinien seinen ersten nationalen Genozid absegnet. Mit diesem Gesetz werden Millionen Argentinier ausgerottet." Noch kurz vor Abstimmung hatte sich

Papst Franziskus auf Twitter gegen das Gesetz ausgesprochen. Dass ausgerechnet seine Heimat Argentinien das erste große Land Lateinamerikas wird, in dem Abtreibungen legalisiert sind, hat Signalwirkung für die gesamte Region, glaubt die Aktivistin Vero Gago: "Das ist von großer Bedeutung in einer Zeit, in der wir erleben, wie eine fundamentalistische Rechte, gemeinsam mit den Kirche versucht, die Uhr zurückzudrehen und Rechte einzuschränken. Wir bekommen Nachrichten von Frauenbewegungen aus der ganzen Welt, wie wichtig unser Kampf hier für ihre eigenen Kämpfe ist."

Schätzungen zufolge gibt es in Argentinien pro Jahr etwa 400.000 heimliche Abtreibungen. Etwa 40.000 Frauen werden jährlich mit Komplikationen nach illegalen Abtreibungen ins Krankenhaus eingeliefert. Laut *Amnesty International* ist dies die Hauptursache für die Müttersterblichkeit in dem südamerikanischen Land. (*Vatican News*, 13.12.20; *ARD-Tagesschau*, 30.12.20)

Anm. *MIZ*-Red.: Die Fristenlösung war schon bisher legal in Uruguay, Kuba und in Mexico-City. Allerdings haben diese Länder bzw. Regionen insgesamt etwa 24 Millionen Einwohner, Argentinien hingegen 45 Millionen.

## Afrika

### Mosambik

(5442) **Mocimboa da Praia**. Im Norden Mosambiks hat eine islamistische Rebellenorganisation die Macht ergriffen, die die Scharia zur Grundlage des Staates machen und das säkulare Bildungssystem abschaffen wollen. Die al-Shabaab-Miliz hat eigene Moscheen und Koranschulen eröffnet und geht brutal gegen alle vor, die sich ihr in den Weg stellt. Bisher ist es den Regierungstruppen nicht gelungen, die Dschihadisten zu stoppen. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.12.20)

## Asien

### China

(5443) **Quingdao**. Im Rahmen des vorläufigen Abkommens zwischen Heiligem Stuhl und China über die Ernennung von Bischöfen wurde von chinesischer Regierung und Vatikan gemeinsam ein neuer Bischof für Quingdao bestimmt. Vatikansprecher Bruni zufolge sind weitere Bischofsernennungen für China nach demselben Verfahren in Vorbereitung. Thomas Chen sei der inzwischen dritte Bischof in China, der seit der Vereinbarung vom September 2018 „ernannt und geweiht wurde“, so Bruni. Rom und Peking hatten das Abkommen kürzlich um weitere zwei Jahre verlängert. Die Vereinbarung, über deren Wortlaut beide Seiten Stillschweigen vereinbaren, betreffe „ausschließlich den Prozess der Ernennung von Bischöfen“. Nicht Gegenstand des Abkommens seien dementsprechend Fragen wie der rechtliche Status der chinesischen katholischen Kirche oder die Beziehungen zwischen dem Klerus und den Behörden des Landes oder auch die direkten diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und China. (*Vatican News*, 25.11.20)

### Pakistan

(5444) **Lahore**. Mehrere Millionen von Anhängern folgten der Trauerprozession für den Chef der Islamistenpartei *Tehreek-e-Labaik (TLP)*, Khadim Hussain Rizvi. Der radikale Kleriker war ein Verfechter der Blasphemiegesetze und zutiefst überzeugt, dass alle, die der Blasphemie schuldig seien, die Todesstrafe verdienten. Noch kurz vor seinem Tod am 19. November hatte er einen Protestmarsch nach Islamabad

angeführt, um gegen eine Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in Frankreich zu demonstrieren. Die Mobilisierung einer bisher in der islamischen Welt noch nie erreichten Zahl von Anhängern zeigt nach Auffassung internationaler Beobachter, wie stark der islamistische Fundamentalismus in der pakistanischen Bevölkerung verwurzelt ist. (*ucanews*, 23.11.20)

## *Südkorea*

(5445) **Seoul.** Das Verfassungsgericht hat das bisher äußerst restriktive Abtreibungsgesetz Südkoreas aufgehoben und eine Liberalisierung angemahnt. Laut dem Vorschlag der Regierung für die Änderung des „Criminal Act“ und des „Mother and Child Health Act“ sollen Abtreibungen künftig in den ersten 14 Schwangerschaftswochen durchgeführt werden können, bei bestimmten medizinischen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen sowie bei Vergewaltigung sogar bis zur 24. Woche. Die Regierung begründet die Notwendigkeit der Gesetzesänderung unter anderem mit Daten aus dem Gesundheitsministerium, wonach die Quote illegaler Abtreibungen in Südkorea zu den weltweit höchsten zählt. Erwartungsgemäß hat die katholische Kirche des Landes die laufende Parlamentsdebatte scharf kritisiert und Lebensschützer-Kampagnen organisiert. Mit einer Geburtenrate von 1,1 pro Frau liegt das ostasiatische Land deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt von 2,4, was die Kirchen kritisch sehen, während ihre Gegner genau dies als Ursache für den gestiegenen Wohlstand und die Stabilität des Landes ausmachen. (*kathpress*, 21.10.20)

## **Ozeanien**

### *Australien*

(5446) **Vatikanstadt.** Der umstrittene Kardinal Pell, der in mehreren Instanzen des Missbrauchs von Knaben für schuldig befunden wurde, ehe ihn das Oberste Gericht Australiens wegen angeblich nicht ausreichend klarer Beweislage freisprach (vgl. MIZ 4/20, Meldung 5404), erhielt eine innerkirchliche Rehabilitation erster Klasse. Der Papst persönlich empfing ihn in seiner Bibliothek zu einer Privataudienz, zu der extra auch die Medien eingeladen wurden, und dankte ihm ausdrücklich für sein Wirken im Vatikan. (*Süddeutsche Zeitung*, 14.10.20; *Augsburger Allgemeine*, 14.10.20)

### *Neuseeland*

(5447) **Wellington.** Die Neuseeländer haben in einem Referendum mit 65,2 Prozent für eine Legalisierung von aktiver Sterbehilfe bei unheilbarer Krankheit gestimmt. Das amtliche Endergebnis ist für Regierung und Parlament bindend, das entsprechende Gesetz wird am 6. November 2021 in Kraft treten. Neuseeländische Staatsbürger ab 18 Jahren, die an einer unheilbaren, binnen sechs Monaten zum Tod führenden Krankheit leiden, können sich künftig für Sterbehilfe durch einen Arzt entscheiden. Für die Gültigkeit der Entscheidung sind Gutachten des Hausarztes sowie eines unabhängigen Arztes Voraussetzung. Ausgenommen von diesem Recht sind Patienten, die aufgrund einer psychischen Erkrankung nicht mehr entscheidungsfähig sind. Die katholische Kirche, die sich im Vorfeld für eine Ablehnung stark gemacht hatte, bezeichnete das Votum als „gefährlich“ für „schutzbedürftige Menschen und jene, die sie pflegen“. (*KNA*, 30.10.20)